

STELLUNGNAHME zum Antrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom: 23.02.2010 eingegangen: 23.02.2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	9. Plenarsitzung Gemeinderat 30.03.2010 328 21 öffentlich Dez. 3
Kürzung der Lehrerwochenstunden für Altganztagschulen		

- Kurzfassung -

Das Land Baden-Württemberg hat Ganztagsgrund- und Ganztags Hauptschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung, die in der Zeit zwischen 1995 und 2006 eingerichtet wurden, zusätzlich zur Lehrerzuweisung für das Ganztagsangebot Lehrerwochenstunden aus so genannten „Enquete-Mitteln“ zugestanden. Im Bereich der Hauptschulen handelt es sich um jeweils zwei, im Bereich der Grundschulen um jeweils vier Wochenstunden.

Das Kultusministerium plant, diese zusätzlichen Deputatsstunden zu streichen, da die Mittel seit 2009 nicht mehr im Landeshaushalt zur Verfügung stehen. Aufgrund von Protesten auch des Städtetags wurde die bereits für das kommende Schuljahr angekündigte Kürzung auf das Schuljahr 2011/12 verschoben.

Das Bürgermeisteramt wird sich gemeinsam mit dem Städtetag dafür einsetzen, dass die zusätzlichen Deputatsstunden erhalten bleiben und künftig das Mindestmaß für die Ausstattung aller anderen Ganztagschulen im Land werden.

Finanzielle Auswirkungen nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen:			
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Miteinander	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Zu 1.: Die Stadt Karlsruhe setzt sich – möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen – beim Kultusministerium dafür ein, dass die bisherige Anzahl der Lehrerwochenstunden an Altganztagsschulen erhalten bleibt.

Der Städtetag Baden-Württemberg hat in dieser Angelegenheit bereits am 01.02.2010 Kontakt mit dem Kultusministerium aufgenommen. Das Ministerium hat am 05.03.2010 mitgeteilt, dass die betroffenen Schulen für das kommende Schuljahr 2010/2011 nochmals die bisher zugewiesenen Lehrerstunden erhalten.

Der Städtetag setzt sich dafür ein, dass die jetzigen Deputatsstunden dauerhaft erhalten bleiben und künftig das Mindestmaß für die Ausstattung aller Ganztagsschulen im Land werden.

Zu 2.: Die Stadt dringt außerdem beim Kultusministerium darauf, dass die gesetzlichen Vorschriften nach § 22 Schulgesetz beachtet werden, die bei Änderungen von Schulversuchen während der Laufzeit – und die Altganztagsschulen sind durchweg als Schulversuche eingerichtet worden – die Zustimmung des Schulträgers voraussetzen.

In den Einrichtungserlassen der betroffenen Ganztagsschulen wurde jeweils ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die zusätzlichen Lehrerwochenstunden über gesonderte Haushaltsmittel finanziert werden und nur so lange gewährt werden können, wie diese zur Verfügung stehen. Die so genannten „Enquete-Mittel“ wurden somit unter Haushaltsvorbehalt bereitgestellt und stehen seit 2009 nicht mehr zur Verfügung.

Zu 3.: Die Stadt gibt Auskunft darüber,

a) welche Ganztagsgrundschulen und welche Hauptschulen mit Ganztagsbetreuung in Karlsruhe von der neuen Regelung betroffen wären

Nach Mitteilung des Staatlichen Schulamts sind in Karlsruhe als Ganztagsgrundschulen die Pestalozzischule und die Marylandschule sowie als Ganztags Hauptschulen die Oberwaldschule Aue, die Werner-von-Siemens-Schule, die Uhlandschule und die Marylandschule betroffen.

b) welche Angebote in den einzelnen Schulen dadurch voraussichtlich wegfallen müssten.

Welche Angebote im Einzelnen an welcher Schule vom Wegfall betroffen sind, können die Schulen noch nicht festlegen. Sicherlich wird die sinnvolle Rhythmisierung des Unterrichts mit der Kürzung der Lehrerwochenstunden deutlich erschwert. Das Bürgermeisteramt ist jedoch der Auffassung, dass die Stadt als Schulträger nicht verpflichtet ist, die Deputatskürzung mit kommunalem Personal aufzufangen. Diese Position wird die Stadt in den Gremien des Städtetags und gegenüber dem Kultusministerium deutlich machen.

Das Bürgermeisteramt schlägt vor, den Antrag für erledigt zu erklären.